

Ja zum Regionalen Richtplan

An der letzten Sitzung des Grossen Landrats war das Ratspräsidium unter Leitung von Landratspräsident Simi Valär (FDP) gleich mehrfach gefordert.

Verschiedentlich stockte der sonst reibungslos laufende Landratszug. Zusätzlich wurde mit Preisstandsklausel ein neues Lieblingswort eingeführt.

Barbara Gassler

Das erste Mal erwähnt wurde die Preisstandsklausel von der Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission Franziska Radelow-Fopp (FDP) bei der Abstimmung über den Kredit zur Hallenbadsanierung. Dem vorausgegangen war eine animierte, aber wohlwollende Diskussion über das von der Vorberaterkommission unter Präsident Stefan Walser (SP) einstimmig zur Annahme empfohlene Geschäft. Angesichts Kosten von total 7,7 Millionen Franken für die Sanierung suchte Hans Bernhard (SVP) Auskunft über weitere mögliche Kosten. Gemäss Bauamtschefin Cornelia Deragisch sind Hülle und Fassade des Hallenbades zwar dicht, energetisch aber schlecht. «Trotzdem gibt es keine drängenden Arbeiten», sagte sie. Auch ein Ersatz des Beckens sei nicht nötig, da es funktionsstüchtig sei. Da bei einem Austausch gewisse jetzt projektierte Arbeiten trotzdem ausgeführt werden müssten, kämen einfach noch die Kosten für ein neues Becken dazu. Erklärungsbedürftig war auch die in Davos zum ersten Mal verwendete Unterteilung in gebundene und nicht gebundene Kosten. «Gebundene Kosten betreffen den regulären Unterhalt und die Pflege von Investitionen, die den Stimmbürgern bereits einmal vorgelegt wurden», erklärte Finanzverwalter Martin Raich den Sachverhalt. «Darüber muss nicht ein zweites Mal an der Urne abgestimmt werden.»

Preisstandsklausel?

So votierte der Rat einstimmig für den Kredit für eben diese gebundenen Kosten über 4,6

Millionen Franken. Anschließend stand die Abstimmung über die nicht gebundenen Kosten in der Höhe von 3 Millionen Franken an, wo die GPK-Präsidentin einen Antrag einbrachte, die Vorlage mit einer Preisstandsklausel zu ergänzen. Fragezeichen auf den meisten Gesichtern, bis sich schliesslich Hans Vetsch (unabhängig) erbarmte und direkt fragte: «Was ist das?» «Mit einer Preisstandsklausel wird festgelegt, zu welchem Zeitpunkt der Kostenvorschlag erstellt wurde. Relevant wird der Kostenstand bei allfälligen Teuerungsberechnungen», erklärte Gemeindarchitektin Cornelia Deragisch. So weit, so gut, doch welcher Zeitpunkt sollte denn nun in den Antrag eingefügt werden? «März 2012», wurde beschieden und ebenfalls festgestellt, dass die Abstimmung über den ersten Teil des Gesamtkredites inklusive der Preisstandsklausel noch einmal wiederholt werden musste. Zum Schluss waren alle Kredite inklusive Preisstandsklausel per März 2012 bewilligt, auch die vom Kleinen Landrat sehr befürworteten, aber nicht zwingend nötigen Zusatzkosten für eine Solaranlage in der Höhe von rund 250 000 Franken. Die ungebundenen Kosten sowie die Solaranlage müssen nun noch vom Stimmvolk bestätigt werden.

Regionaler Richtplan

Vor allem nach vertieften Erklärungen, was ein Regionaler Richtplan (RR) denn könne und was nicht, düsterte die Parlamentarier bei der Behandlung dieses Geschäfts. Zuerst eröffnete Landammann Hans Peter Michel



Abstimmung im Landrat mit Hans Vetsch, Philipp Wilhelm, Stefan Walser, Peter Däscher und Herbert Mani (v.l.). Über weite Strecken war man sich einig. bg

(FDP) die Debatte mit mahnenden Worten: «Wir haben Aufgaben zu lösen, die nicht einfach verschwinden. Nichts zu tun führt gar zu Schäden.» Damit, dass immer wieder ein Konzept verlangt werde, könne die Behandlung zwar hinausgezögert werden, doch: «Glaubt nicht, dass ihr je eine Antwort auf die drei noch hängigen Vorlagen zur Verkehrsberuhigung bekommt, solange kein übergeordneter Richtplan besteht.» Doch genau da wurden die Bedenken laut. Während Vladimir Pilman (FDP) sich mehr Zeit und eine Behandlung des Richtplans nach Kapiteln wünschte, Jörg Oberrauch (FDP) wegen der Nichtberücksichtigung der Anträge aus dem Mitwirkungsverfahren seine Ablehnung kundtat, Franziska Radelow-Fopp (FDP) befürchtete, der RR würde vor allem zu einem Verhinderungsgrund, und der Präsident der vorberatenden Raumplanungskommission (RPK), Hanspeter Ambühl (FDP), seinen Widerstand wegen der Verkehrsführung ankündigte, hatten die übrigen

Ratsmitglieder zwar Fragen, anerkannten aber die Dringlichkeit des Geschäfts. Der Einsitz nehmende Beat Aliesch, Berater für Raumentwicklung bei der Stauffer und Studach AG Chur, bemühte sich, Klärung zu bringen: «Ein RR sorgt für die räumliche Abstimmung, hebt aber kein einziges Gesetz aus. Jedes Projekt muss dennoch das gesamte Verfahren durchlaufen. Doch der RR ist eine Richtschnur: In diese Richtung wollen wir gehen.» Zwar sei er anpassbar, vor allem seien die Vorhaben jedoch mit dem Kanton abgestimmt und erleichterten umgekehrt deren Umsetzung. Mit elf zu vier Stimmen bewilligte der GL schliesslich den RR, womit Davos zum ersten Mal in seiner Geschichte über ein solches Instrument verfügt.

Konzept Wild

13 Tourenfahrer seien in diesem Winter wegen Betretens einer Wildruhezone gebüsst worden, berichtete Hans Peter Michel (FDP) zum dem GL vorliegenden Konzept «Umsetzung Ruhezonen Wild». Auf einen Einwurf von Hans Fopp (FDP), die Ruhezonen seien eher kleiner geworden, antwortete er: «Da das Wild mit Lesen Mühe hat, nützt es nichts, sie jedes Jahr zu ändern.» Die vorliegende Lösung sei mit allen Betroffenen ausgearbeitet worden und vorläufig der Weisheit letzter Schluss. «Wichtig ist, dass die Umsetzung jetzt kontrolliert wird.»

Gemeindepolizei

Gelegenheit zu einem kleinen Exkurs in die Arbeit der Kantonspolizei bot die einstimmig beschlossene Abschaffung des Dienstreglements der nicht mehr existierenden Gemeindepolizei. Auf eine Bemerkung von Franziska Radelow-Fopp (FDP), die Bevölkerung beklage sich, dass die Polizei

weit weg sei, wenn man sie brauche, antwortete er: «Im Ganzen bin ich zufrieden mit deren Arbeit. Doch es ist nicht akzeptabel, dass die Polizei anderswo ist, wenn wir sie brauchen. Wir haben ein Anrecht darauf, dass die Kantonspolizei unverzüglich ausreicht und bezahlen gut dafür. Wie sie das organisieren, ist ihre Sache.» Beim Kanton gefalle die in Davos gelebte Lösung jedoch so gut, dass man beabsichtige, sie auch in anderen Regionen anzuwenden.

PMOD/WRC

Keinerlei Widerstand erwuchs dem Vorhaben eines Wärme-Contracting mit dem Elektrizitätswerk Davos (EWD) beim Physikalisch-Meteorologischen Observatorium im alten Schulhaus Dorf. «Seit wir das Gebäude 1976 an das World Radiation Centre (WRC) vermietet, haben wir mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft einen zuverlässigen und langfristigen Mieter», sagte Hochbauvorsteher Reto Dürst (unabhängig) in seiner Vorstellung. Der Mietvertrag würde sich bis 2042 verlängern, und bei einem allfälligen Heimfall des Gebäudes würde die Gemeinde ein gut unterhaltenes Haus mit einem funktionierenden Heizsystem erhalten. «Und auch gegenwärtig ist es ein Nullsummenspiel, da unsere Kosten an die Mieter weitergegeben werden.»

Sanierung Talstrasse 28 a und b

Bei der Planung der 1979 erbauten Häuser sei der Gemeinde wichtig gewesen, den bestehenden Mietern nicht kündigen zu müssen, und so würde die umfassende Sanierung am bewohnten Haus vorgenommen, erklärte Landrat Reto Dürst (unabhängig) zum Einstieg in das Geschäft. Nach dieser umfassenden Sanierung wären die Wohnungen von solchen in einem Neubau nicht

mehr zu unterscheiden und für die nächsten zwanzig Jahre seien, abgesehen vom Unterhalt, keine Investitionen mehr notwendig, sekundierte Projektleiterin Deragisch. Allerdings ist dieser Mehrwert auch mit einer Mietzinshöhung verbunden, die Philipp Wilhelm mit einem Antrag zu beschränken versuchte. Er beanstandete, dass die Mietzinshöhung aufgrund von 30 Prozent der wertvermehrenden Investitionen berechnet worden sei, und dass dieses Vorgehen keine Rückschlüsse auf die tatsächlichen Kosten erlaube. Dies sei insbesondere stossend, weil die Liegenschaft in den vergangenen Jahren immer grosse Erträge gebracht habe, aber kaum grössere Investitionen in die Bausubstanz getätigt worden seien. Er beantragte daher, dass die Mietzinsanpassung aufgrund einer detaillierten nach einzelnen Bauteilen ermittelten Investitionssumme berechnet würde, jedoch aber maximal 20 Prozent betragen würde. Die Haltung des GL in dieser Frage war jedoch klar. Man wolle nicht von der geltenden Regelung der Marktmiete abrücken, wurde erklärt. In der Schlussabstimmung verschob sich durch den Antrag Wilhelm jedoch die Nummerierung der Traktanden, zusätzlich verkompliziert durch die von GPK-Präsidentin Radelow beantragte Ergänzung mit der Preisstandsklausel. Nach etwas Unsicherheit bezüglich des Abstimmungsverfahrens liess der GL schliesslich Wilhelm mit seinem Antrag alleine stehen, akzeptierte jedoch einstimmig Kosten von 3,1 Millionen Franken für die Sanierung der beiden Liegenschaften inklusive Preisstandsklausel mit Stand März 2012. «Dieser Rat ist ein Vorbild für andere Parlamente», fand ganz zum Schluss Landratspräsident Simi Valär. «Eure Gesprächskultur ist hoch anständig. Das darf auch einmal gesagt werden.»



Franziska Radelow-Fopp führte den neuen Begriff der «Preisstandsklausel» ein. bg